



## Mittelostkriege, Europazerfall

### *Kopflloser Westen, aggressiver Iran, Deutschlands Rechtsruck*

Heute laufen die Genfer Syrien-Gespräche der UN weiter, die Anfang Februar scheiterten, zumal Präsident Putins al-Asad-Iran-Achse offensiv gegen die Rebellen in Syrien voringing, so um [Aleppo](#). Der jüngste Ansatz einer limitierten [Waffenruhe](#) erlaubt den Kampf gegen den "Islamstaat", IS. Der aber geht zögerlich voran, wobei der IS am Samstag wieder durch C-Waffen bestückte Raketen im Nordirak 600 Personen bei Kirkuk und Taza verletzt hat.

Die Situation erklärte General Lloyd J. Austins einem Senatskomitee. Am [Dienstag](#) sagte dieser Kommandeur des auch für Mittelost zuständigen US-Zentralkommandos überdies, der IS expandiere nach Nordafrika [Libyen], auf der Arabischen Halbinsel und in Südasien [Afghanistan bis Indien]. Der Befehlshaber betonte Operationen an multiplen Fronten, in Afghanistan und im Jemen, sowie die Kombination von Spezial-(Delta-Force-)Truppen und Einheimischen. Die Erweiterung des IS zu stoppen, dafür sei nur eine global konzertierte Aktion fähig. Dies brauche Zeit, sei komplex. Das erschwerten zudem Irans [Regionalkurs](#) und dessen Raketenstarts. Emad Mittelstreckenrakete



Wiki: Tasnimnews

In die Kerbe schlug Vizepräsident Biden, nachdem er Israel und Jordanien bereiste. Zum einen kritisierte er die Gewaltwelle gegen Israelis, der in Jaffa auch der US-Student Taylor Force zum Opfer fiel sowie die fehlende Verurteilung der Attentate durch Präsident Abbas. Premier [Netanjahu](#) erklärte Joe Biden, es sei unpassend, eine palästinensische Staatlichkeit zurzeit voranzutreiben, die im Klima der Hetze nicht neben, sondern anstelle Israels folgen soll. Zwiste mit Präsident Obama ließen den Premier ein Treffen im Weißen Haus absagen.

Zum anderen startete Iran Mittwoch zwei Mittelstreckenraketen, auf denen stand, Israel auszulöschen. Derartigen Abschüssen im Oktober und November folgten im Januar neue US-Sanktionen. Biden dazu Mittwoch: bricht Iran den [Nuklearpakt](#), so handele Amerika. Anderntags meinte er in Amman nach seinem Treffen mit König Abdullah zu US-Truppen, zwar bewege sich IS in fluchtartiger Abwehr und würde besiegt. Jedoch dauere dies lange.

Obamas Wende vom 30. August 2013? Er kooperierte, trägt aber nicht mehr Hauptlasten, die Einheimische schultern. Daher betrieben die Saudis ein Manöver mit 20 Sunni-Staaten, um sich gegen den IS-Terror und Iran zu wappnen. Am Freitag erklärten die 22 Länder der Araberliga die Hizballah zum "Terrorverein", wie der Arabische Golf-Rat am 3. März. Dies geht Alliierte an. Zudem wandte sich Präsident Obama gegen einige "Trittbrettfahrer", die nicht ihren fairen Anteil, zwei Prozent des Bruttoprodukts, dem Militär widmen. Premier Cameron holte dies nach. Laut Obama hätten Europäer nach dem Sturz al-Qadhdhafis nicht ihr Wort gehalten; wie zu der möglichen Rote-Linien-[Intervention](#) gegen al-Asad. London verwarf den Eingriff am 29. August 2013. Angela [Merkel](#) sagte zu Obama, Berlin beteilige sich nicht. Anstelle des Militäreinsatzes kam bald ihre Idee, eher Flüchtlinge aufzunehmen.

## Quittung

Angela Merkel baute diesen [Kurs](#) aus, der keine wirkliche Alternative zur Lage in Syrien ist. Die Lösung kann es nicht sein, Millionen wie Blumen in andere Kulturen umtopfen zu wollen. Premier Cameron und Präsident Hollande verfügen über Mittel, ihre Außenpolitik in Mittelost zu gestalten. Nur Cameron hegt eine antiislamistische [Agenda](#). Und anders als Merkel, war Hollande Mitte 2013 gar bereit, mit Amerika in Syrien vorzugehen. Historiker erinnern an den Punkt, der zum anderen als dem jetzigen Weg hätte leiten können. Samstag warb Hollande in Paris dafür, nicht erst auf den neuen US-Präsident zu warten. Europa soll in internationalen Krisen seine Verantwortung erfüllen. Aber es schwächt sich noch weiter.

Obwohl eine erste Beruhigung Syrien prägt, ist nicht mit einer Stabilisierung zu rechnen, solange der "Islamstaat" und Präsident Putins Schiiten-Achsen einwirken. Manche denken, der Kreml verlässt unter dem Wirtschaftsdruck der um drei Viertel gefallenen Ölpreise Syrien. Putin erfüllte die [Kampagne](#), rettete das Regime. Er zieht ab 15. März Hauptkräfte ab, aber behält Basen in Syrien. Freitag versicherte er seinen Militärs, Budgetkürzung betrifft nicht die Programme der Waffenmodernisierung. Er orientierte weiter auf Autarkie in ihrer Produktion und meinte, der westliche Waffenboykott hatte keine signifikanten Wirkungen.

## Unkoordiniert

Fluchtursachen bestehen also fort. Doch kann mehr getan werden, Flüchtlingen nahe ihrer Heimat zu helfen. Wer sonst sollte deren Länder wieder aufbauen? Einflussreich gerieten jetzt die Präsidenten [Erdoğan](#) und [Putin](#). Der eine leitet Islamisten an einer Pforte Europas, der andere hat seit seiner neuen Militärdoktrin Ende 2015 die Nato und die Europäische Union im nuklearen Visier. Beide sitzen an Schalthebeln Eurasiens. Der zu [unkoordinierte](#) und defensive [Kurs](#) zwischen Washington, London, Paris und Berlin schob sie erst dorthin.

An Europas Ost- und Südflanken hebeln autokratische Kräfte. Westbalkan-Staaten haben ihre Grenzen vor Migranten geschlossen. Wien führt ein Dutzend zusätzliche Grenzpunkte ein. Merkels "Durchbruch in der Flüchtlingskrise" versäumte Brüssel am 7. März. Ankara will jede illegale Migration zu Griechen stoppen. Umgekehrt soll die EU Flüchtlinge aus der Türkei übernehmen und verteilen, was die Länder wie [Ungarn](#) ablehnen. Der Beschluss birgt Schleuserouten zu schließen, Schleusern das Handwerk zu legen, Außengrenzen zu schützen und Europas Migrationskrise zu beenden. Das taten einige Länder schon national.

Der Preis an die Türkei ist hoch, darunter Visa-Liberalisierung mit allen Mitgliedstaaten und Aufhebung der Visumpflicht für Türken bis spätestens Ende Juni 2016. Damit könnten mehr nach Europa und sich ansiedeln, was Sinn und Geist Europas ist. Wieso jetzt in der großen Krise, wo [Berlin](#) die Übersicht verloren hat und nicht mehr weiß, wer im Lande ist?

Merkels Gruppe hat Unklarheiten und begeht noch [Fehler](#). Niemand sollte länger als acht Jahre an der Macht bleiben. Wird der Türkeiplan am 18. März bejaht, erweitert sich die EU de facto um die Türkei ohne Rechts- und Sozialangleichung. Wertgemeinschaft? Mittelost-Konflikte können Europa tief erfassen. Wohl gehen auch noch mehr Kurden nach Europa, finden Asylanten Wege über Italien. Merkel rät, bei der [Integration](#) selbstbewusste Wertdebatten zu führen. Erzieher der Welt? Wer kommt, sage der UN-Flüchtlingsrat. Ungewählte, ihren Wählern nicht verpflichtete Bürokraten? Die Alternative für Deutschland erhielt am Sonntag in Sachsen-Anhalt 24 Prozent, marschierte mit 13 und 15 Prozent in zwei weitere Landesparlamente hinein, ist nun in acht von 16 Parlamenten. [Wolfgang G. Schwanitz](#)